

Antrag an das 32. Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin

Antragsteller:in(nen):	IYSSE an der HU	
Datum	10.06.2025	
Nr. und Datum der Sitzung	6. Sitzung	12.06.2025
Tagesordnungspunkt und Beschluss-Nr. (vom Präsidium auszufüllen)	5.13 SP-32/56	

I. Antragsgegenstand

Keine Zensur von Anti-Kriegs-Veranstaltungen! Verteidigt die Meinungsfreiheit an der Humboldt-Universität!

II. Beschlusentwurf

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin möge beschließen:

Das Studierendenparlament verurteilt aufs Schärfste die Zensur von drei Antikriegsveranstaltungen der IYSSE an der HU. Obwohl diese Veranstaltungen im Rahmen der Wahl zum Studierendenparlament stattfinden und vom RefRat ordnungsgemäß genehmigt wurden, weigert sich die HU, einen Raum zur Verfügung zu stellen.

Bisher konnten Hochschulgruppen und studentische Initiativen problemlos politische Veranstaltungen an der Universität organisieren. Jetzt behauptet die Uni-Leitung, Studierende hätten kein Recht, allgemeinpoltische Fragen an der Uni zu thematisieren. Sie müssten sich stattdessen auf „studien- und hochschulpolitische Belange“ beschränken.

Das ist ein weitreichender Angriff auf die demokratischen Rechte aller Studierende! Er reiht sich ein in zahlreiche Repressionen gegen Studierende in den letzten Monaten, einschließlich der Wiedereinführung des Ordnungsrechts an den Berliner Hochschulen.

Während die Bundesregierung massiv aufrüstet, die Wehrpflicht wieder einführen will und den Völkermord in Gaza unterstützt, verbietet die HU-Leitung ihren Studierenden, sich kritisch damit auseinanderzusetzen. Sie setzt damit das wilhelminische Obrigkeitsdenken an die Stelle des Humboldtschen Bildungsideals: Professoren der HU dürfen rechte und militaristische Standpunkte auf allen Kanälen verbreiten, aber die Studierenden sollen den Mund halten. Veranstaltungen dürfen höchstens zum Mensaessen oder den Öffnungszeiten der Bibliotheken durchgeführt werden, wenn es nach der HU-Leitung geht.

Das dürfen wir nicht hinnehmen! Das Studierendenparlament ruft alle Kommiliton*innen und Mitarbeitenden der HU und der anderen Berliner Universitäten auf, gegen den Angriff der HU-Leitung zu protestieren und die Meinungsfreiheit zu verteidigen.

Der RefRat wird beauftragt:

1. diese Resolution über alle Verteiler bekannt zu machen;
2. eine Vollversammlung am 24. Juni um 12:00 Uhr einzuberufen;
3. sich an den Prozesskosten mit 1000 EUR zu beteiligen.

2. Umsetzung des Beschlusses

III. Finanzielle Auswirkungen, ggf. Angaben zur Verwendung beantragter Mittel

Beteiligung an den Prozesskosten bis zu 1000 Euro

IV. Begründung

Die IYSSE (International Youth and Students for Social Equality) haben am 22.05.25 fristgerecht und mit Unterstützung des RefRats drei Veranstaltungen gegen den Militarismus und die wachsende Kriegsgefahr angemeldet, die im Rahmen der StuPa-Wahlen am 3. Juli stattfinden sollten. Bis Anfang Juni erhielten wir keine Rückmeldung. Erst am 05.06.2025 teilte uns das Präsidium der HU mit, dass die beiden ersten Veranstaltungen nicht genehmigt werden, weil sie keinen Hochschulbezug hätten. Auch unsere Alternativ-Veranstaltung, die wir unter dem Titel „Warum die Uni-Leitung studentische Anti-Kriegs-Veranstaltungen verbietet“ angemeldet haben, wurde nicht genehmigt. Nur eine Veranstaltung der IYSSE wurde erlaubt („80 Jahre Kriegsende / Die Rückkehr des deutschen Militarismus und die Verharmlosung der Nazi-Verbrechen an der HU“ am 01.07.2025).¹

Vorausgegangen war eine Änderung des Vorgehens bei der Raumvergabe durch die Uni-Leitung seit diesem Semester. Bisher war es so, dass StuPa-Listen direkt Anträge bei der Raumvergabe der Universität stellen konnten. Jetzt muss jeder Antrag über den RefRat eingereicht werden.

Der RefRat selbst hat nur ein „hochschulpolitisches“ Mandat, d.h. er darf keine „allgemeinpolitischen“ Veranstaltungen ohne Hochschulbezug organisieren. Das ist bereits eine klare Einschränkung der Meinungsfreiheit. Das Referat Politisches Mandat erklärt dazu auf seiner Website:

Obwohl im Berliner Hochschulgesetz ausdrücklich festgelegt ist die „Belange der Studenten und Studentinnen in Hochschule und Gesellschaft wahrzunehmen“, „auf Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung die politische Bildung, das staatsbürgerliche Verantwortungsbewusstsein und die Bereitschaft der Mitglieder zur aktiven Toleranz sowie zum Eintreten für die Grund- und Menschenrechte zu fördern“, sieht die Realität und Rechtsprechung leider anders aus. So ist es der Verfassten Studierendenschaft zwar gestattet sich zu „hochschulpolitischen“ Themen zu äußern, nicht jedoch zu „allgemeinpolitischen“. Die Grenzen hierzu sind allerdings nirgends festgelegt, weshalb eine klare Unterscheidung zwischen „hochschulpolitischen“ und „allgemeinpolitischen“ Themen nicht möglich ist. Fazit: Kein Recht auf Meinungsfreiheit, kein Recht auf Pressefreiheit, kein Recht auf Wissenschaftsfreiheit! Studierende dürfen sich nur mit ihrem Studium befassen – mehr nicht!²

Diese Einschränkung gilt jedoch nicht für Hochschulgruppen, Initiativen und StuPa-Listen. Diese dürfen sich zu allen politischen Themen am Campus äußern. Die IYSSE machen seit über zehn Jahren jährlich mehrere Veranstaltungen zu allgemeinpolitischen Themen an der HU – andere Listen ebenso.

Jetzt versucht die Uni-Leitung, die Meinungsfreiheit der Studierenden massiv zu beschneiden und ihre Veranstaltungen zu zensieren, indem sie de facto auch den Hochschulgruppen ein

1 Zum Hintergrund: <https://www.wsws.org/de/articles/2025/06/09/iyse-j09.html>.

2 <https://www.refrat.de/pm>

„hochschulpolitisches“ Mandat vorschreibt. So will sie offenbar verhindern, dass eine kritische und offene Auseinandersetzung am Campus über die militärische Aufrüstung, den Massenmord in Gaza und andere wichtige gesellschaftliche Entwicklungen stattfindet.

Weitere Begründung und Beantwortung von Fragen erfolgt mündlich.

V. Beteiligung und Stellungnahme anderer Organe oder Initiativen der Studierendenschaft

VI. Kontaktmöglichkeit zur:zum Antragsteller:in bzw. zu den Antragsteller:innen
wilcktam@hu-berlin.de